

**Rede
der Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz**

Thordies Hanisch, MdL

zu TOP Nr. 40

Erste Beratung
**Potenzial von Speichern und Sektorenkopplung bei der
Energiewende ausschöpfen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 19/7477

während der Plenarsitzung vom 26.06.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Die Energiewende bringt Herausforderungen mit sich, aber bietet vor allem enorme Chancen. Wer möchte schon gern neben einem Kohlekraftwerk wohnen oder Atommüll in seiner Nähe gelagert haben? Und an die AfD-Fraktion: Wenn Sie hier schon von „Verschandeln“ sprechen, immer und immer und immer wieder, dann möchte ich bitte, dass Sie dazu auch mal erwähnen, wo wir dann den Atommüll lagern sollen oder wo noch ein Gaskraftwerk gebaut werden soll. Vielleicht bei Bürgerinnen und Bürgern in Ihrer Nähe oder gleich direkt in Ihrem Garten? Sie müssten dann schon auch mal mit beantworten, wie Sie sich das vorstellen, wenn wir jetzt wieder zurück zu den konventionellen Energien gehen. So viel gehört zur Wahrheit dazu.

Unser System läuft stabil, alle Ängste vor Dunkelflauten sind ins Leere gelaufen - das ist sehr gut -, und das, obwohl wir unseren Strombedarf schon 2024 in Deutschland zu knapp 60 Prozent aus Wind- und Sonnenenergie gedeckt haben. Aber das Netz stabil zu halten, ist komplizierter als zu Zeiten von großen zentralen Kraftwerken. Und Windräder stehen gelegentlich still, weil zu viel Strom produziert wird und zu wenig verbraucht oder nicht dorthin transportiert werden kann, wo er gebraucht wird, weil unsere Netze noch weiter ausgebaut werden müssen.

Um das bei dieser Gelegenheit mal einzuordnen: Wir können mit dem Ausbau der erneuerbaren Energie, also mit PV- und Windkraftanlagen, nicht warten, bis alle Netze fertig sind und erst dann anfangen. Dann wären wir in der verrückten Situation, dass wir Strom dorthin transportieren könnten, wo er gebraucht wird, aber keinen Strom haben, um ihn zu transportieren. Wir alle hier würden ja auch nicht erst die Versicherungen und Internetverträge für ein Haus abschließen und dann die Steine für den Bau kaufen.

Gleichzeitig kommen wir mit dem Netzausbau gut voran. Darauf hat die Kollegin Kollenrott schon hingewiesen. Von den knapp 17.000 km langen Stromleitungen, die in den Gesetzen festgeschrieben sind, sind 7.000 km entweder genehmigt und im Bau oder schon fertiggestellt. Und wir werden immer schneller: Der Sümlink von der Küste bis nach Baden-Württemberg soll 2028 in Betrieb gehen, und ein Seekabel nach Großbritannien soll in drei Jahren den Betrieb aufnehmen.

Aber für den Moment gibt es auch Herausforderungen. Bei stillstehenden Anlagen müssen wir beispielsweise den Ausfall bezahlen, sonst würden sie nicht gebaut werden - das erzeugt die sogenannten Redispatch-Kosten -, und für Stromleitungen, die verlegt werden müssen, brauchen wir Arbeitskräfte, Geld und Zeit. Also gehen wir diese Herausforderungen an - natürlich mit dem Netzausbau. Aber mit diesem Antrag legen wir den Fokus auf einen weiteren Lösungsansatz, einen wesentlichen

Baustein in der Energiewende, der unser Energiemanagement kurzfristig effizienter und flexibler macht.

Aber auch nach der Fertigstellung des Netzes bleibt ein wesentlicher Baustein: der Speicher. Strom kann man in Batterien speichern oder auch mit der Umwandlung in Wasserstoff. Damit kann Strom gespeichert werden, wenn er nicht gebraucht oder zu viel produziert wird, und ins Netz eingespeist werden, wenn er gebraucht wird. Das macht Sinn, und das macht auch Sinn für die Wirtschaft. Die Nachfrage bestimmt den Preis. Das gilt insbesondere am Strommarkt. Viel Strom, wenig Nachfrage - und schwups ist der Strompreis im Keller. Wenn es andersherum ist, kann man Strom teuer verkaufen.

Das hat auch unsere Wirtschaft gemerkt, und überall - der Kollege Pohlmann ist darauf eingegangen - werden Anträge gestellt, um einen Speicher ans Netz anschließen zu können. Das ist eine super Sache, könnte man meinen. Aber das braucht Regulatorik, das läuft nicht von allein. Der Bau von jedem einzelnen Speicher braucht nämlich auch Fachkräfte und Geld und Zeit, und es braucht Pläne, die erstellt werden müssen, Anträge, die bearbeitet werden müssen, Genehmigungen, die erteilt werden müssen. Und dann müssen die Speicher noch gebaut werden - von Fachkräften, die das können.

Da sollte man schon schauen, dass alles so läuft, dass es auch Sinn macht und systemdienlich ist - also Speicher dorthin, wo sie gebraucht werden, dorthin, wo Anschlusskabel liegen, dorthin, wo zu viel Strom erzeugt wird und das Netz vielleicht nicht übermorgen schon fertig ist. Die Umwandlung in Wasserstoff muss dort passieren, wo dieser auch genutzt werden kann. In 1 Kilo Wasserstoff steckt etwa so viel Energie wie in einer e-Up-Batterie, mit der man 250 km weit kommt, und für 1 Kilo Wasserstoff braucht man mindestens 10 Liter Wasser. Für Autos ist Wasserstoff aber viel zu teuer auf den Kilometer.

So viel zur Technologieoffenheit. Technologieoffenheit - das muss auch immer wieder gesagt werden, weil es immer wieder falsch vermittelt wird - macht da Sinn, wo es keine effizienteren Produkte gibt. Für Autos bzw. für die Autofahrenden wird es immer teurer bleiben, Wasserstoff zu tanken. Insofern ist Wasserstoff dort einzusetzen, wo wir ihn wirklich brauchen. Wir brauchen den Wasserstoff beispielsweise für unsere Industrie - dort, wo es nicht anders geht. Zum Beispiel können wir bei der zur Erzeugung von Stahl oder Glas nötigen Temperatur nicht direkt mit Strom arbeiten. Das ist dann übrigens auch erheblich mehr Energie, als ein e-Up braucht. Für eine Tonne Stahl werden etwa 140 Liter Wasserstoff gebraucht, also 1.400 Liter Wasser. Deswegen sollten wir Wasserstoff nicht dort einsetzen oder dorthin transportieren, wo wir mit elektrischer Energie weiterkommen.

Also: Wasserstoff und andere Speicher dorthin, wo es Sinn macht, damit wir gut vorankommen, und nicht einfach überall gleichzeitig.

In diesem Antrag haben wir auch einen weiteren Punkt aufgegriffen. Herr Kollege Pohlmann hatte einen Fall aus der Praxis geschildert, bei dem es um die Abwärmenutzung ging. Das ist das Problem oder die Herausforderung der Energiewende. Das wird auf Bundesebene immer wieder angegangen, und ich glaube, auch wir können uns diesen Fall noch mal anschauen und gucken, welche Regelungen, welche Änderungen es bedarf, um das effizient zu gestalten. Das ist bei Speichern ganz ähnlich.

Früher ist man davon ausgegangen: Es gibt große Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke, und das sind die Player am Energiemarkt. Heute macht das jeder auf seinem Balkon selber, aber die Regulatorik ist dafür noch nicht ausgelegt. Die Marktteilnehmer, die das selber machen, werden plötzlich in finanzregulatorische Rahmen gesteckt, die eigentlich für Gaskraftwerke ausgelegt sind, und so ähnlich wird es bei der Abwärmenutzung auch sein. Man hat nicht damit gerechnet, dass es das irgendwann mal gibt, dass es sinnvoll einzusetzen ist. Da brauchen wir zwingend eine Nachsteuerung. So ist es immer wieder: Bei neuer Technik müssen wir dann nacharbeiten.

Und nun zum Wohlstand: Überraschenderweise ist der Strom, der aus Wind und Sonne produziert wird, schon heute günstiger als der aus Atomkraftwerken oder Gaskraftwerken - das kann man alles nachlesen -, und am Ende sind wir auch unabhängiger von anderen Ländern auf der Welt. Das hat heute tragischerweise mehr Gewicht als noch vor ein paar Jahren. Letztlich bremsen wir mit der Energiewende auch den Klimawandel so gut wir können. Dazu liefern Speicher einen Baustein, und wir liefern mit diesem Antrag einen Baustein, damit Speicher zielführend in das System integriert werden können.

Vielen Dank. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.